Peter Grabowski - 27. Oktober 2017

Kapital der Kapitalen

Kultur in den Landeshauptstädten

Dreizehn Landeshauptstädte haben wir hier im vergangenen Jahr unter die kulturpolitische Lupe genommen: Wie steht es um die großen Institutionen und kleinen Initiativen in den „Spitzenkommunen“ der deutschen Länder? Wer sind die Treiber, wer die Bremser, wo guckt man nach vorne, wo hadert man mit der Gegenwart oder sogar noch mit der Vergangenheit? Eine problemfreie Stadt haben wir in unseren Recherchen nicht gefunden. Auch wo robuste Etats zu hohen Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur führen, wie in Stuttgart oder Düsseldorf, gibt es dennoch im Kleinen wie im Großen ungelöste Finanzierungsfragen. Auch hier finden teils massive Verteilungskämpfe zwischen den etablierten Einrichtungen in staatlicher Hand und der Freien Szene statt, haben große Häuser mitunter enorme Sanierungsrückstände und wird den Herausforderungen der modernen Stadtgesellschaft nur mit Verzögerung begegnet.

Dabei sind die Ausgangslagen in Ost und West schon als Folge der jüngeren deutschen Geschichte sehr verschieden. Die jeweilige Lage einer Stadt – in der Republik insgesamt wie in ihrem eigenen Bundesland, ihre individuelle (bau)historische Substanz oder auch ganz schlicht die absolute Einwohnerzahl verstärken die jeweiligen Effekte oft noch. In dieser weiterhin existierenden Teilung des Landes ergeben sich manchmal allerdings unerwartete Parallelen. Ein Beispiel: Die beiden kleinsten Flächenländer Mecklenburg-Vorpommern und Saarland, haben mit 96.000 Einwohnern in Schwerin und 175.000 in Saarbrücken auch die beiden kleinsten Landeshauptstädte der Republik. Ihre direkten Einzugsgebiete sind ebenfalls eher dünn besiedelt, beide liegen zudem recht nah an einer deutschen Außengrenze, kurz vor der Ostsee bzw. Frankreich und haben mit den Folgen des politischen und/oder ökonomischen Zeitenwandels ganz besonders zu kämpfen.

Entsprechend sind die Pro-Kopf-Ausgaben für die „Freiwillige Leistung“ Kultur hier am geringsten. Im äußersten Westen liegen sie mit knapp 64 Euro sogar noch mal fast 15 Prozent unter denen 600 Kilometer weiter nordöstlich. Beide Städte sind in diesem Punkt mit weitem Abstand die Schlusslichter in unserer Betrachtung. Gleichzeitig gibt es hier wie dort ein bestens frequentiertes Mehrspartentheater, die allerdings beide fast ausschließlich aus Landesmitteln finanziert werden: In Saarbrücken wie in Schwerin zählen die Bühnen rund 200.000 Besucher jährlich.

Das kann sich sehen lassen – z. B. im Vergleich mit der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf. Dort hatten die international renommierte „Deutsche Oper am Rhein“ inklusive Schläpfers Weltklasse-Ballett und das legendäre Schauspielhaus am Gründgens-Platz – im letzten Jahr seiner Bespielung vor der aktuellen Sanierung –

zusammengerechnet zwar sogar etwas mehr als 320.000 Besucher. Düsseldorf hat allerdings auch mehr als sechs- bzw. dreimal so viele Einwohner wie Saarbrücken oder Schwerin, darunter ein überdurchschnittlich großes Kulturbürgertum; vom direkten Einzugsgebiet der Metropolregion Rhein-Ruhr mit über zehn Millionen Menschen mal ganz zu schweigen.

In der Rheinkapitale liegen allein die städtischen Kulturausgaben pro Einwohner bei etwas über 200 Euro. Das ist kein Wunder, wenn die Oper eine rein kommunale Einrichtung ist und schon allein mehr kostet als Schwerin oder Saarbrücken insgesamt für Kultur ausgeben können. Das Sprechtheater wird zwar zur Hälfte vom Land Nordrhein-Westfalen mitbezahlt, aber das gilt nur für den reinen Spielbetrieb. Die Immobilie ist im ausschließlichen Besitz der Stadt, ihre derzeit laufende Teilsanierung wird eine mittlere zweistellige Millionensumme kosten. Mindestens – Genaueres lässt sich noch nicht sagen, weil der bausubstanzielle Teufel erst hinter den Lamellen der denkmalgeschützten Metallfassade lauert, die demnächst ausgetauscht werden.

Obwohl Düsseldorf seine vielgerühmte „Schuldenfreiheit“ mittlerweile auch offiziell los ist, kann man sich das alles aber noch ganz gut leisten. „Besser“ die Stadt sogar mehr als 240 Euro pro Einwohner auf. Bei den politischen Akteuren und in den parlamentarischen Gremien ist zudem Konsens, dass Kulturausgaben eine kommunale Verpflichtung sind, auch wenn die Verfassung das bekanntlich anders sieht. Es herrsche die „einvernehmliche Einsicht, dass diese Freiwilligkeit unverzichtbar ist“, bilanzierte der Kollege Sven Scherz-Schade vor einem Jahr in seinem Bericht aus der baden-württembergischen Landeshauptstadt.

Bemerkenswert daran ist, dass dieses Einvernehmen auch jenseits des Kulturausschusses zu gelten scheint – das ist bei Weitem nicht überall so. Zwar hatte „die Kultur“ es in allen Parlamenten der Republik nie wirklich leicht, die kommunalen Abgeordnetenhäuser bilden da keine Ausnahme. Dennoch beklagen viele Akteure vor Ort unüberhörbar zwei wachsende Tendenzen: Erstens nehme die Bildungsbürgerlichkeit und damit Kulturnähe der politischen Klasse auf kommunaler Ebene insgesamt ab. Und zweitens seien – vielleicht als mittelbare Folge – auch in den Kulturausschüssen selbst oft nur noch die Sprecher der einzelnen Fraktionen wirklich sachkundig. Mitunter aber nicht mal mehr die …
Gleichzeitig gewinnt eine andere Bewegung an Fahrt, die auf lange Sicht vielleicht als ausgleichendes Element infrage kommt: Die Selbstorganisation und damit einhergehende Ermächtigung der privatwirtschaftlichen und/oder zivilgesellschaftlichen Kulturakteure. Sie treten mal als „Koalition der Freien Szene“ auf, mal als „Ständige Kulturvertretung“ wie in Thüringens Hauptstadt Erfurt oder als „Arbeitskreis Stadtkultur“, der im hessischen Wiesbaden der Kommunalpolitik permanent auf die Pelle rückt. Dort haben die Aktivisten

ganz aktuell mit dafür gesorgt, dass die Verantwortlichkeit für die Kultur nicht aus der Stadtverwaltung in den ehrenamtlichen Teil des Politikbetriebes abgeschoben wurde. Jetzt nimmt der Kämmerer diese Aufgabe mit wahr – keine schlechte Ämterkombination.

Und die hessische Landeshauptstadt hat sich – nach langem Hin und Her – auch endlich zu einer Kulturentwicklungsplanung entschieden. Damit folgt sie dem Trend so verschiedener Kommunen wie Mainz und Potsdam, Düsseldorf und Saarbrücken. Überall hat man eingesehen, dass „Wachstum" in der kommunalen Kultur – selbst in den vergleichsweise privilegierten Landeshauptstädten – nur durch mehr Konzeption und Koordination zu erreichen sein wird. Das gilt umso mehr für Gemeinwesen, die aus diesem oder jenem Grund sowieso auf der Suche nach sich selbst sind: Magdeburg und Hannover sind zwei prominente Beispiele.

Bezeichnenderweise wollen beide Städte aus ihrer Not eine Tugend machen und bewerben sich für das Jahr 2025 als Kulturhauptstadt Europas. Das macht auch Sinn: Ein, wenn nicht sogar das Kernkriterium für die Vergabe des begehrten Titels ist das Entwicklungspotenzial, dass die Jury in einer Stadt oder Region erkennt. Deshalb haben solche Bewerber die besten Chancen, die mental auf dem Weg sind und eine neue Identität entwickeln wollen. Ob man es gleich so zuspitzen muss wie in der Hauptstadt Niedersachsens mit dem Slogan „Hannover hat nichts" auf einem ansonsten leeren, weißen Plakat, sei dahingestellt. Ganz sicher aber hat eine international profilierte Kulturmetropole wie Dresden – die bislang dritte deutsche Landeshauptstadt im Rennen um den Titel – bei Weitem keine so gute Ausgangsbasis, wie man zunächst annehmen sollte. Ein Blick auf die Kulturhauptstädte der jüngeren Vergangenheit, von Århus und Paphos in diesem Jahr bis zurück zur „Ruhr.2010" in Essen, belegt das.

Die Bewerbungen zeigen andererseits, dass es an kultureller Substanz wie kulturpolitischer Ambition in den deutschen Landeshauptstädten nicht mangelt. Allen Unkenrufen zum Trotz ist Deutschland auch im Alltag eine Kulturnation. Gleichzeitig wird immer virulenter, dass und wer an ihr nicht teilhat oder -nimmt. Interessanterweise handelt es sich vor allem um zwei Gruppen, die in einer direkten Beziehung zueinander stehen: Einerseits jenes runde Viertel der Bevölkerung, das eine wie auch immer geartete Einwanderungsgeschichte hat und Museen, Theater, auch Bibliotheken immer noch kaum bis gar nicht nutzt. Und andererseits die scheinbar wachsende Zahl von Menschen, die sich nicht nur von genau diesen Migranten in ihrer Identität bedroht sehen, sondern auch zeitgenössischer Kunst und Kultur eher ablehnend gegenüberstehen.

Wir reden also über eine dreifache Herausforderung, die für die Zukunft des Landes von enormer Bedeutung ist: Die einen wie die anderen dürfen nämlich nicht dauerhaft in dem

Bewusstsein leben, sie seien kein Teil der Kultur in Deutschland. Und dann müssen beide auch noch miteinander ins Gespräch darüber kommen, wie sie ihre gegenseitigen Vorbehalte aushalten lernen, solange sie nicht zu überwinden sind. Das kann nur in den Städten geschehen – und die Hauptstädte müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Wer glaubt, auf diesem Weg sei ausgerechnet die Einschränkung von Freiheit und Vielfalt nützlich, wird nicht nur von der jüngeren Geschichte dieses Landes eines Besseren belehrt. Auch das gehört eben zu unserer Kultur.

Der Text ist zuerst in Politik & Kultur 06/2017 erschienen.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat